

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT
DER MINISTER

0
V. / Ed. W. 6367
12.6.
1216

Ministerrat der DDR
Ministerpräsident
Herrn Lothar de Maizière

Klosterstraße 47
Berlin
1020

Berlin, den - 7. Juni 1990

Journal-Nr.

Vorsitzender der Ministerrates
Eing.: 8 JUNI 1990
Postbuch Nr. 832

Geschäftszeichen
67 - 146 05 - 6e5
Vergang nach Bearbeitung an Registratur

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Der vom Ministerrat an die Volkskammer übergebene Entwurf zum Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz) wurde am Donnerstag, dem 7. Juni in erster Lesung behandelt.

Es muß eingeschätzt werden, daß die Diskussion außerordentlich kritisch war, aber zugleich wesentliche konstruktive Elemente enthielt. Die Diskussion machte deutlich, daß noch Handlungsbedarf in wichtigen Sachfragen besteht, wenn gewährleistet werden soll, daß dieser Gesetzentwurf durch die Volkskammer bestätigt wird.

Im Ergebnis der Diskussion wurde festgelegt, den Gesetzentwurf zur Behandlung in die Ausschüsse zu überweisen. Dabei ist der Volkshammerausschuß für Wirtschaft als federführendes Organ festgelegt worden. Durch den Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft, Herrn Dr. Steinicke, wurde ich dahingehend angesprochen, daß auf Grund der hohen Bedeutung des Gesetzes am Dienstag, dem 12. 6. 90 eine Ausschußsondersitzung durchgeführt werden sollte.

Ministerium für Wirtschaft, Unter den Linden 44-60, Berlin, 1080

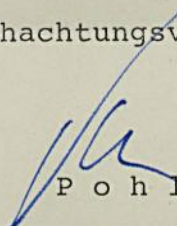
BN 901 850 14

Ich schlage Ihnen vor, daß in dieser Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft die bisherigen Hauptbeteiligten an der Erarbeitung des Gesetzentwurfes teilnehmen. Es wäre zweckmäßig, daß zur Vorbereitung dieser Ausschußsondersitzung am Freitag, dem 8. 6. 90 die in der Volkskammer-Tagung gegebenen Hinweise und Ergänzungen im Rahmen einer gemeinsamen Beratung der bisherigen Redaktionsgruppe durchgearbeitet und entsprechende Ergänzungs- und Veränderungsvorschläge bzw. Begründungen ausgearbeitet werden.

Sie sollten Ihnen vorgelegt und dann am Dienstag, dem 12. 6. in der Sondersitzung des Ausschusses vertreten werden.

Ich gestatte mir die Anregung, zu prüfen, inwieweit auf Grund der großen Bedeutung dieses Gesetzentwurfes die Möglichkeit besteht, daß Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, am Dienstag, dem 12. 6., selbst zu Beginn der Sondersitzung Ihre Meinung darlegen.

Hochachtungsvoll

Dr.  P o h l